

Soziale Stadtteilarbeit muss politisch sein!

Als Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) setzen wir uns seit 1974 hessenweit für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen aus sogenannten benachteiligten und stigmatisierten Quartieren ein. Mit unserem Verein tragen wir dazu bei, die soziale, ökonomische und kulturelle Chancengleichheit in diesen Quartieren zu verbessern und alle dort lebenden Menschen nachhaltig in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe zu fördern.

Der Erfüllung unserer Vereinsziele und damit all unserem Handeln liegt ein pluralistisches Demokratieverständnis zugrunde. Unser Menschen- und Gesellschaftsbild basiert auf den grundlegenden Menschenrechten und den Verfassungsnormen unseres freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Jeder Mensch, unabhängig seines Alters, seiner Herkunft, seines Geschlechts und seiner sexuellen oder religiösen Orientierung, ist für uns ein gleichwertiger Teil der Gesellschaft und des Gemeinwesens. Und wir sind der festen Überzeugung, dass unsere Demokratie von dieser Vielfalt lebt und stark von ihr profitiert.

Das zunehmende Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen zeigt uns einmal mehr, dass Demokratie kein naturgegebener Zustand ist. Demokratie muss gelernt werden, erlebbar sein und vor allem muss Demokratie verteidigt werden – verteidigt gegen jedwede demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen im Land, die versuchen die Gesellschaft zu spalten, die für Positionen der Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stehen, ein homogenes, völkisches Wertekonzept für die Gesellschaft anstreben und Minderheiten und Andersdenkenden die gleichen Rechte in unserer Gesellschaft absprechen.

Diesen Bestrebungen gilt es, sich aktiv entgegen zu stellen und gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft einzustehen, in der die Bedürfnisse aller Menschen Berücksichtigung finden und Lösungswege ausgelotet werden, die ein tolerantes, respektvolles und demokratisches Miteinander für alle fördern und die Menschenrechte schützen.

Soziale Stadtteilarbeit muss sich offensiv dazu bekennen, auf allen Ebenen der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit vorzugehen. Eine vermeintliche Neutralität kann und darf sich Soziale Stadtteilarbeit hier nicht leisten. Dies kann gerade im Arbeitsalltag von Hauptamtlichen zu spannungsreichen Situationen, auch mit Vorgesetzten oder Kooperationspartner:innen führen. Aber auch diese Spannungen miteinander auf Augenhöhe zu thematisieren und als Ausgangspunkt für eine Sensibilisierung und Öffnung für gesellschaftliche Diversität aufzugreifen, trägt zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Demokratie bei.

Soziale Stadtteilarbeit muss:

- Haltung zeigen

... und deutlich machen, dass sie für eine tolerante, offene, freie und demokratische Gesellschaft einsteht, deren oberstes Gut die Würde jedes Menschen ist.

Dazu ist eine klar demokratische und menschenrechtsorientierte Haltung unabdingbar, die entschlossen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegentritt und auf der Basis demokratischer Grundwerte und der Menschenrechte agiert.

- Echte Partizipation ermöglichen

... denn soziale Ungleichheit geht mit einer Ungleichheit der Zugänge zu politischer Partizipation und demokratischer Mitwirkung einher, sodass sich Demokratiedefizite durch sozialräumliche Segregation gerade in benachteiligten Quartieren zuspitzen. Umso wichtiger ist soziale Stadtteilarbeit gerade in benachteiligten Quartieren, um politische Teilhabe zu stärken, demokratische Prozesse zu öffnen und Demokratieerfahrungen zu ermöglichen. Hierzu ist echte Partizipation, die in ihrem Verständnis auf niedrigschwelliger politischer Bildungsarbeit fußt, unerlässlich.

- Dialoge fördern

... denn nur wer im Gespräch bleibt kann Dinge verändern. Dies bezieht sich sowohl auf die Initiierung von Dialogen zwischen Politik, Verwaltung und den Menschen in benachteiligten Quartieren als auch auf Dialoge zwischen den Menschen, die in diesen Quartieren leben. Unterschiedliche Sichtweisen zur Geltung zu bringen und miteinander im öffentlichen Diskurs zu erörtern, ist eine Grundvoraussetzung funktionierender Demokratie. Dabei sollte eine zuhörende und gleichzeitig streitbare Beziehung im Vordergrund stehen, mit der sich mögliche Hintergründe, Motive und Folgen solcher Haltungen aufarbeiten lassen. Die Frustration der Menschen und damit ggf. einhergehende menschenverachtende Krisendeutung sollte ernstgenommen werden, zugleich jedoch braucht es für Betroffene die notwendigen Schutzräume. All diese Dialogbemühungen müssen selbstverständlich immer im Rückbezug auf die eigene Haltung geschehen und gestaltet sein.

- Strategien entwickeln

.... um Quartiere als demokratische Gemeinwesen resilienter zu machen und darin zu stärken, sich aktiv gegen jede Form der Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu stellen. Damit dies gelingt, ist eine strukturelle, personelle und finanzielle Unterstützung von Sozialer Stadtteilarbeit notwendig. Beim Aufbau einer diversitätssensiblen und demokratisch gefestigten Zivilgesellschaft kann Soziale Stadtteilarbeit einen entscheidenden Beitrag leisten, benötigt dafür jedoch die richtigen Rahmenbedingungen. Sind diese gegeben, hat sie das Potenzial gemeinsam mit Mitstreiter:innen vor Ort Quartiere zu stärken und resilienter für aktuelle und künftige Krisen zu machen.

Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, durch eine menschenrechtsorientierte Soziale Stadtteilarbeit einen Impuls für unsere Demokratie zu setzen. Einen Impuls für gelebte Demokratie in benachteiligten Quartieren.